

13 Punkte für eine zukunftsgewandte Finanzpolitik

Beschluss des Deutschlandrates
am 17. und 18. März 2018 in Berlin

1 Faire Steuern - Sparer nicht weiter belasten

2

3 1. Gemeinsame Bemessungsgrundlage

4 Wir fordern eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für Unternehmenssteuern in der EU,
5 um Intransparenz und Steuerdumping zu beenden. Eine gemeinsame Bemessungsgrundlage
6 erhöht die Transparenz der Unternehmensbesteuerung und senkt die Kosten für
7 steuerlichen Verwaltungsaufwand für die Unternehmen. Voraussetzung für eine
8 funktionierende gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer ist, dass sie
9 in allen EU-Staaten gilt.

10

11 2. Abgeltungssteuer

12 Die Junge Union möchte den Sparer nicht weiter steuerlich und bürokratisch belasten. Eine
13 Abschaffung der effizienten Abgeltungssteuer auf Zinserträge lehnen wir ab, da die damit
14 verbundene Bürokratie höher als der Nutzen ist. Durch die Steuerfreibeträge ist eine
15 Progression auch bei einer flachen Zinsrate gegeben. Anstatt Maßnahmen zur
16 Altersvorsorge zu fördern, wird durch die Abschaffung der Abgeltungssteuer die
17 Vermögensbildung zusätzlich erschwert.

18

19 3. Finanztransaktionssteuer

20 Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer lehnen wir ab. Eine Besteuerung von
21 Finanztransaktionen wird am Ende auf die Anleger umgelegt und den deutschen Sparer
22 weiter belasten. Die private Altersvorsorge wird durch eine Finanztransaktionssteuer
23 gerade im Niedrigzinsumfeld weiter erschwert. Wir sehen keinen Mehrwert darin, dass die
24 private Altersvorsorge einerseits staatlich gefördert wird und auf der anderen Seite mit
25 einer Steuer belastet wird.

26

27 Zusätzlich werden Finanztransaktionen von Handelsplätzen mit Finanztransaktionssteuer
28 in Länder ohne diese Besteuerung abwandern. Eine Abwanderung zu anderen
29 Handelsplätzen hätte die Schwächung der Finanzplätze in der EU zur Folge.

30 *4. Werbungskostenpauschalbetrag verdoppeln*

31 Wir fordern, den Werbungskostenpauschbetrag von derzeit 1.000€ auf 2.000€ zu erhöhen.
32 Diese Maßnahme würde ca. zwei Drittel der veranlagten Steuerpflichtigen erfassen und
33 führt sowohl zu einer Minderung der Steuerlast der einzelnen Bürger als auch zu einer
34 deutlichen Vereinfachung des Steuersystems, da bis zu dieser Grenze keine
35 Werbungskosten mehr berechnet und nachgewiesen werden müssen.

36

37 *5. Einkommenssteuer – Das Steuersystem muss leistungsfreundlicher werden*

38 Darum fordert die Junge Union eine Anpassung des Einkommenssteuertarifs mit dem Ziel
39 einer erheblichen Abflachung des sogenannten Mittelstandsbauches. Der Grenzsteuersatz
40 für das Ende der ersten Progressionszone soll daher von 24 auf 20 % abgesenkt werden. Das
41 Ende der zweiten Progressionszone wird von einem Einkommen von 53.666 Euro (wo bisher
42 der Spitzensteuersatz mit 42 % liegt) auf 60.000 Euro verschoben.

43

44 Außerdem fordern wir eine automatische Anpassung der Einkommensteuergrenzen an die
45 Inflations-rate, die sich konsequenterweise bis zum Spitzensteuersatz fortschreibt, um so
46 die „kalte Progression“ endgültig abzuschaffen.

47

48 *6. Kinderfreibeträge mit Erwachsenenfreibeträgen gleichsetzen*

49 Wir fordern, den Kinderfreibetrag auf das Niveau des Grundfreibetrags für Erwachsene
50 anzuheben. Deutschland ist ein familienfreundliches Land. Das muss sich auch im
51 Steuersystem und letztlich auf den Kontoauszügen der Eltern widerspiegeln.

52

53 **Finanzmarktregulierung und Bankenunion**

54

55 *7. Finanzmarktregulierung*

56 Mehr Regulierung steht nicht immer für sicherere Märkte. Wir setzen uns für eine
57 zielgenauere Finanzmarktregulierung ein. Die Zielerreichung der Regulierung, die auf die
58 Finanzmarktkrise folgte, muss überprüft und die Regulierung an ursprünglichen Ziele
59 angepasst werden. Regeln, die den tatsächlichen Zielen zuwiderlaufen, müssen angepasst
60 oder abgeschafft werden. So möchten wir die Krisenfestigkeit der Finanzmarktakteure mit
61 Maß und Verstand stärken und zugleich erfolglose Regeln abschaffen. Auch hier muss klarer
62 zwischen verschiedenen Geschäftsmodellen unterschieden werden. Ein risikoarmes
63 Geschäftsmodell, wie z. B. bei Sparkassen, Genossenschafts- oder Förderbanken rechtfertigt
64 auch eine einfachere und effizientere Aufsicht.

65

66 *8. Bankenunion*

67 Als Junge Union stehen wir zur Europäischen Bankenunion und möchten diese
68 komplettieren, um die Eurozone robuster zu machen. Die aktuellen Vorschläge einer
69 gemeinsamen Einlagensicherung lehnen wir jedoch ab, da nicht ausreichend zwischen
70 Großbanken mit systemischen Risiken und regional erfolgreichen Sparkassen und
71 Genossenschaftsbanken unterschieden wird. Die Bankenunion darf nicht zu einer
72 Transferunion von konservativen Regionalbanken zu systemrelevanten Großbanken führen.
73 Wir fordern einen Einlagenfonds, der zwischen Großbanken und Regionalbanken
74 unterscheidet. So sollen nur die systemisch relevanten Banken in einen europäischen Fonds
75 einzahlen.

76

77 Gerade mittelgroße Banken stehen oft unter nationaler Aufsicht. Dennoch müssen hier
78 vielfältige nationale und europäischem Melde- und Regulierungsvorschriften eingehalten
79 werden, die sich teilweise nur marginal unterscheiden. Dadurch müssen für Meldungen mit
80 demselben Schutzziel Daten teilweise mehrfach aufbereitet werden, was der
81 Wettbewerbsfähigkeit dieser Institute schadet. Wir fordern eine einheitlich-durchgängige
82 Regulierung, die auf sinngleichen Grunddaten (z.B. FINREP) aufsetzt und
83 Parallelaufbereitungen verhindert.

84

85 *9. Kontrolle der Kontrolle*

86 Die Europäische Zentralbank (EZB) genießt Unabhängigkeit bei der Ausübung der
87 Geldpolitik. Aus diesem Grund sind die Prüfrechte des Europäischen Rechnungshofes
88 deutlich eingeschränkter als bei anderen EU-Institutionen. Dieses eingeschränkte Prüfrecht
89 wurde bei der Übernahme der Bankenaufsicht durch die EZB nicht geändert. Stattdessen
90 wurden die deutlich eingeschränkten Rechenschaftspflichten auf die Bankenaufsicht der
91 EZB übertragen. Dies führt dazu, dass der Europäische Rechnungshof auch bei der
92 Bankenaufsicht nur ein eingeschränktes Prüfrecht hat. Die Junge Union fordert, dass der
93 Europäische Rechnungshof das volle Prüfrecht für die Bankenaufsicht der Europäischen
94 Zentralbank erhält.

95 *10. Bargeld und Kryptowährungen*

96 Die Abschaffung des Bargeldes und eine Bargeldobergrenze lehnen wir ab. Wir fordern eine
97 Regulierung von Kryptowährungen, die die Risiken für die Finanzstabilität möglichst
98 reduziert, die Chancen von Kryptowährungen aber anerkennt und die Technologie nicht
99 durch Überregulierung vernichtet. Eine bessere Erfassung von steuerlich relevanten
100 Transaktionen von Kryptowährungen ist unabdingbar. Im Sinne eines innovativen
101 Finanzstandorts Deutschland setzen wir uns für eine abgestufte Regulierung von Start-Ups
102 im Bereich FinTech, sogenannte „Sandkasten-Modelle“, ein.

103

104 Als Junge Union fördern wir neue Geschäftsmodelle in der Finanzdienstleistungsbranche. Es
105 muss jedoch sichergestellt sein, dass innovative Unternehmen (FinTechs) den gleichen
106 Regulierungsvorschriften wie Vollbanken unterliegen, wenn sie das Geschäftsmodell einer
107 Bank haben. Wir wollen ein System von Schatten- und Scheinbanken, das an der Aufsicht
108 vorbeiwirtschaftet, verhindern.

109

110 **Europäische Finanzen**

111

112 *11. Europäischer Fonds für strategische Investitionen*

113 Wir begrüßen die Investitionsmaßnahmen, die die Europäische Kommission und die
114 Europäische Investitionsbank gemeinsam auf den Weg gebracht haben, um Marktversagen
115 zu korrigieren, das die Übernahme von Investitionsrisiken behindert. Die Realisierung des
116 Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFPI) trägt dazu bei, dass dringend
117 notwendige Investitionen in der EU getätigt werden.

118

119 Aus diesem Grund befürworten wir die Verlängerung der Laufzeit des EFPI von Mitte 2018
120 bis Ende 2020 und die Erhöhung des angestrebten Investitionsvolumens von 315 Milliarden
121 Euro auf mindestens 500 Milliarden Euro.

122

123 Dennoch fordern wir, dass die Gründe für das Marktversagen analysiert und im Anschluss
124 behoben werden, um die Risiken europäischer Investitionen mittel- und langfristig dem
125 Markt zu überlassen.

126

127 *12. Weiterentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus*

128 Die Bewältigung der Europäischen Staatsschuldenkrise wäre ohne die Hilfe des
129 Internationalen Währungsfonds (IWF) nicht möglich gewesen. Um für kommende Krisen

130 aufgestellt zu sein, möchten wir die Eurozone robuster gestalten. Die Eurozone soll
131 potentielle Probleme künftig selbst lösen können, da die Zuständigkeit des IWF nicht auf die
132 Eurozone begrenzt ist. Hierbei begrüßen wir ausdrücklich die Aufrechterhaltung und eine
133 Einhaltung der Stabilitätskriterien der Währungsunion.

134

135 Die Darlehenskapazität des ESM ist bereits ausreichend, um Krisen zu bewältigen. Wir
136 möchten den ESM so weiterentwickeln, dass er ähnlich wie eine Feuerwehr immer bereit ist,
137 um Probleme schnellstmöglich zu lösen. Hierbei soll der ESM auch so ausgestattet werden,
138 dass präventiv gehandelt werden kann und Euro-Staaten analog der IWF-Analysen
139 analysiert und beraten werden sollen.

140

141 Auszahlungen des ESM müssen an harte Bedingungen geknüpft werden und der ESM muss
142 juristisch so gestaltet werden, dass der Europäische Rechnungshof das volle Prüfrecht
143 erhält.

144

145 Den Begriff Europäischer Währungsfonds als Namen für eine Nachfolgeorganisation lehnen
146 wir ab, da sich der ESM nicht wie der IWF aus Geldern von Zentralbanken finanziert. Wir
147 lehnen eine Lösung ab, die eine ESM-Nachfolgeorganisation durch die Europäische
148 Zentralbank finanziert und möchten diese Organisation nach ihrem Zweck, Europäischer
149 Stabilitätsfonds, benennen.

150

151 *13. Finanzminister und Budget für die Eurozone*

152 Die derzeitigen Vorschläge für einen Euro-Finanzminister sowie einem Budget für die
153 Eurozone lehnen wir ab, da der Mehrwert zurzeit nicht erkennbar ist. Ein Finanzminister
154 wäre sinnvoll, wenn die EU selbst Steuern erheben könnte. Dazu müsste sich die Europäische
155 Union zunächst demokratischer aufstellen und sicherstellen, dass eine Wählerstimme aus
156 jedem Mitgliedstaat den gleichen Wert hat. Eine dauerhafte Transferunion lehnen wir strikt
157 ab.